

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Nr. 235.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 8. Oktober 1931.

13. Jahrgang.

Chrei Pyhurg, denn er ächtete das Gold, die Ursache
aller Verbrechen! Pythagoras

Die Währungskrisis in englischer Beleuchtung.

Norman Angell hat den Ruf, über Finanzfragen besonders klar und volkstümlich zu schreiben. Darum hat ihn das Blatt „Time and Tide“ aufgefordert, in seinen Spalten seine Landsleute, welche im Grunde ganz ebenso unklar bezüglich der Währungsfrage sind wie wir, darüber aufzuklären. Diese Aufklärung ist auch für uns interessant. Denn wenn wir einmal deutlich verstanden haben, was das Abgehen von der Goldwährung für England bedeutet, so werden wir dadurch auch eine bessere Einsicht in die ganze verwickelte Frage für uns selber bekommen. Es heißt bei N. A. folgendermaßen:

„Das Ereignis, welches unser Land mit ungeheuren und kostspieligen Anstrengungen zu verhindern suchte, die Möglichkeit, von welcher wir nur leise zu sprechen wagten, ist eingetreten; und das Land oder wenigstens ein großer Teil desselben freut sich darüber. Und viele Zeitungen sprechen von einer neuen und glücklichen Epoche. Befreiung von drückenden Lasten und dergleichen. Wie können wir das Ausmaß der früheren Anstrengungen vereinigen mit der Freude darüber, daß sie mißglückt sind? Wenn der Zusammenbruch der Goldwährung nicht in der Tat eine Katastrophe bedeutet, warum kämpften wir überhaupt so verzweifelt, um dieser Katastrophe vorzubeugen? Und was wird jetzt folgen? Wir stehen schweren Gefahren gegenüber und ebenso großen Gelegenheiten. Um beides recht zu würdigen, müssen wir erst deutlich verstehen, warum der Goldmaßstab für uns unmöglich wurde.“

Norman Angell überschreibt den nächsten Abschnitt: „Das internationale Geld.“ Gold war das internationale Geld, die internationale Rechnungseinheit. Die moderne Welt kann nicht ohne ein internationales Geld auskommen. Großbritannien z. B. muß auswärtige Güter und Rohmaterial kaufen, um überhaupt leben zu können. Der Ausländer, der diese Dinge liefert, muß den Wert des Geldes kennen, welches er zu empfangen hat. Und zwar muß er dies wissen bis auf eine beträchtliche Spanne der Zukunft hin. Soll er etwa ein Geschäft einleiten unter der Voraussetzung eines bestimmten Wertes des Pfundes, nachher aber, wenn das Geschäft zustande gekommen ist, sich mit einem anderen geringeren Pfundwert begnügen? So wie Frankreich eine Zeitlang von uns Franken im Werte von 10 Penny pro Frank borgte und sie zurückbezahlte im Wert von 2 Penny pro Frank. Wo der Wert eines nationalen Geldes nach dem Willen einer schwebelnden Regierung zum Sinken gebracht werden kann durch den einfachen Prozeß, daß man mehr Geld fabriziert, da wird für alle internationalen Geldgeschäfte eine unübersteigliche Tendenz sein, daß man sie in Ausdrücken eines Wertes herstellt, der nicht so zum Sinken gebracht werden kann. Aus dieser Schlage erklärt sich die Herrschaft des Goldes.

Aber wenn nun Gold auch immun vor der Gefahr des Sinkens im Wert durch Fabrikation ist, so ist es nicht immun vor einer anderen Gefahr, die doch ebenso groß ist, nämlich der Wertsteigerung durch seine Seltenheit, die vielleicht von schlechter Verteilung herkommt. Die Welt hat in diesen letzten 10 Jahren erstaunliche Beispiele der Wirkung sowohl der Inflation wie der Deflation gesehen. Wir sahen, daß in Deutschland alle wirtschaftliche Sicherheit verschwand und die ganze gesellschaftliche Ordnung zu Bruch ging durch zu viel Geld, das eine phantastische Erhöhung der Preise verursachte. Aber wir haben ebenso gesehen, daß die ganze kapitalistische Ordnung ebenfalls zerbrochen wurde durch einen Fall der Preise, der zum großen Teil davon herkam, daß zu wenig Geld da war; daß man also Gold nicht zur Hand hatte. Warum war Gold in dieser Krisis nicht zu haben? Der Krieg hatte uns schwer in Schulden, Abhängigkeit von Amerika gebracht. Schulden können nur bezahlt werden durch Güter oder durch Uebernahme von weiteren Schulden oder durch Gold. Wollten wir nun durch Güter (Export) bezahlen, so würde jedes Anschwellen unseres Exports durch Anschwellen der Zölle auf Seiten Amerikas aufgehoben. Amerikanische Anlagen im Ausland aber (das ist also die Annahme von weiteren Schulden durch den Schuldner) waren unzureichend, die Bilanzen, welche man Amerika schuldet, auszugleichen. Diese Bilanzen konnten nur in Gold bezahlt werden. Und durch seine Zollpolitik fuhr Amerika fort

Deutschland und die Goldwährung.

Kurz bevor England die Goldwährung verließ, hielt der Reichsbankpräsident Dr. Luther es für nötig, das Verbleiben Deutschlands bei der Goldwährung zu rechtfertigen. Die Goldwährung, so sagte er, ist nicht dem Strick vergleichbar, der der Wirtschaft um den Hals gelegt ist, um ihr bei Gelegenheit die Luft abzuschneiden. Deutschland ist stark genug, bei der Goldwährung bleiben zu können. In diese erhebenden Töne klangen die Nachrichten aus England als eine sehr wenig schöne Begleitmusik hinein. England verfügt wirklich über eine starke Reserve an wirtschaftlicher Kraft, und dennoch glaubte die Regierung es vor dem Lande nicht länger verantworten zu können, die goldene Fessel noch länger zu tragen. Die Frage liegt nahe, warum wir nicht daselbe getan haben, was jetzt von anderen Staaten geschieht.

Unsere Lage war am 13. Juli d. J. unhaltbar geworden. Das ist uns so oft gesagt worden, daß wir von der Richtigkeit des Behaupteten völlig überzeugt sind; aber mit dieser allgemeinen Fassung beginnt schon die Unklarheit. Wessen Lage war unhaltbar geworden? Auf diese Frage kann nur geantwortet werden: „die der Goldwährung“. Wenn damals nichts zu ihrer Rettung bei uns geschah, dann war vorauszufragen, wie lange die Reichsbank noch über deckungsfähige Rücklagen verfügte und wann der Zeitpunkt eintreten würde, an dem Deutschland, durch die Verhältnisse gezwungen, veranlaßt war, eine Währung ohne Gold- und Devisendeckung zu errichten. Ob bei der Katastrophensituation jener Tage ein Uebergang zur Indevährung, wie er sich in diesen Tagen in aller Ruhe in England vollzieht, bei uns möglich gewesen wäre, wage ich nicht zu behaupten. Unsere Regierung entschied sich in jenen Tagen dafür, von den Ländern die Hilfe anzunehmen, die uns in die unhaltbare Lage hineingebracht hatten.

Vielleicht konnte sie nicht anders handeln, und darum ist es nur zu verständlich, daß sie sich heute schon allein moralisch für verpflichtet hält, bei der Goldwährung zu bleiben. Inzwischen ist die weltwirtschaftliche und weltpolitische Lage durch den Schritt Englands gänzlich verändert worden. Die Front des Krieges hat sich verschoben. England rechnet darauf, drei Viertel der Welt auf seine Seite zu ziehen. Laval aber reist nach Amerika, um sich klar zu werden, wie der Angriff auf England weitergeführt werden soll, nachdem der Kampf der goldenen Regeln gegen die neuartigen papiernen Waffen versagt hat. Daß man versuchen wird, die Schwierigkeiten zu verstärken, die England in seinem Weltreich hat, darf nicht bezweifelt werden. In diesem Waffengang ist die Stellungnahme Deutschlands fast von ausschlaggebender Bedeutung. Zum ersten Mal seit der Beendigung des Krieges ist das Gesetz des Handelns in Deutschlands Hände gegeben. Es fragt sich, ob die günstige Gelegenheit, die vielleicht so bald nicht wiederkehrt, auch ausgenutzt wird. Zum mindesten sollte von uns jetzt die Forderung der Befreiung von weiteren „Reparationen“ gefordert werden. Was wir in Frankreich zerstört haben, ist längst von uns bezahlt. Die Bestimmungen des Youngplans widersprechen dem Versailler Vertrag, der nur Reparationen verlangt.

Ob wir aber imstande sein werden, trotz tatsächlicher Streichung unserer politischen Schuld, die Goldfessel weiter zu tragen? Ich glaube es nicht. Unsere Regierung wird ihre Stellungnahme wesentlich von politischen Er-

wägungen aus bestimmt haben. Wenn die Einsicht in die weltwirtschaftlichen Gegebenheiten ausschlaggebend gewesen wäre, dann dürfte unsere Stellung an der Seite Englands gewesen sein. Wenn nämlich England das Pfund 25 Prozent absinken läßt und zu 75 Prozent der alten Kaufkraft stabilisiert, dann werden wir zweifellos in die Gefahr kommen, völlig vom Weltmarkt abgeschnürt zu werden. Der Konjunkturmarsch ist in England rascher und energischer eingesprungen, als die Regierung erwartet hat. Der englische Draht melbet darüber aus London: „Der Kursverlust des Pfundes macht sich bereits jetzt in verschiedenen englischen Industrien sehr stark bemerkbar. Die Wollindustrie, die Kurzarbeit eingeführt hatte, hat bereits in dieser Woche mit voller Belegschaft arbeiten können. Andere treffen für die nächste Woche dazu Vorbereitungen, da es sich für die Spinnereien nicht mehr lohnt, Deutsche und französische Garne einzuführen. Die jetzt einsetzende Hauffe könne, wie betont wird, nur mit dem Jahre 1920 verglichen werden. Die Eisen- und Stahlindustrie sowie die Seidenindustrie melden einlaufende Anfragen aus aller Welt sowie beträchtliche Kaufaufträge. Der Wechsel in der Konjunktur der Seidenindustrie ist hier so plötzlich eingetreten, daß mehrere Unternehmungen ihre Angestellten telegraphisch zurückgerufen haben.“

Wir sollen nicht glauben, daß England sich gern vom Goldstandard gelöst hat. Ist es nicht das Land, das die meiste Goldproduktion in der Welt hat, wodurch ihm immer wieder in der Vergangenheit ein Vorsprung vor den anderen Staaten gegeben wurde. Es würde heute lieber als morgen zur Goldwährung zurückkehren, aber die Lage ließ ihm keine andere Wahl. Es hatte zu wählen zwischen wirtschaftlichem Zusammenbruch oder einer Erschütterung seiner Goldwährung. Die Entscheidung konnte für ein wirtschaftspolitisch so geschultes Volk, wie es die Engländer sind, nicht einen Augenblick zweifelhaft sein, weil mit der Wirtschaftsgestaltung auch Englands Weltgeltung gebrochen sein würde. Mögen die anderen Länder vorübergehend an eine Erschütterung der englischen Währung glauben, das ist das kleinere Übel. Von tüchtigen Volkswirten beraten, geht es diesen Weg in voller Ruhe, und schon in diesen Tagen hat sich die Lage verändert. Frankreich und Amerika kommen zu England und bitten, es möge von seinem Experiment ablassen. Wie sehr die ganze Operation von Seiten Englands als ein Krieg angesehen wird, geht z. B. aus den Worten seines wissenschaftlichen Beraters, des Professors Keynes hervor. Er sagt: „Die neue englische Finanzpolitik ist ein Vorstoß gegen die Exportkraft Amerikas und Frankreichs“. — Er würde Deutschland mitnennen, wenn er nicht annehmen würde, daß wir bald dem Beispiel Englands folgen würden. Es ergeben sich aus dieser Lage zwei Möglichkeiten: Entweder muß England versuchen, etwa drei Viertel der ganzen Welt einschließlich des britischen Weltreiches dazu zu veranlassen, ein neues Währungssystem zu entwickeln, das, an den Preisen der Rohmaterialien gerechnet, stabil ist, oder man muß fragen, ob die Länder mit Goldwährung ein Interesse daran haben, die Bedingungen kennen zu lernen, unter denen England bereit ist, sich einem völlig neu zu gestaltenden Goldstandardssystem wieder anzuschließen.

Aus diesen Worten spricht keine allzu große Bereitschaft zur Versöhnlichkeit, allerdings auch keine besondere Liebe zur Indevährung. B. R.

zu sagen: Bitte, bezahlt in Gold und nicht in Gütern! So nahm der Zufluß des Goldes nach Amerika zu, bis dieses Land ungefähr die Hälfte des ganzen Goldes der Welt besaß. Frankreich hatte einen großen Teil des Restes. In kurzer Zeit würde der Gläubiger all das Gold des Schuldners aufgezehrt haben mit gewaltigen Schulden (nicht nur in Gestalt von Regierungsschulden, sondern auch von amerikanischen Anleihen und Anlagen), die noch dazu kämen. Was sollte eigentlich dann geschehen, wenn die Schuldner unfähig geworden wären, noch einen Penny mehr zu bezahlen, oder in Amerika Güter zu kaufen, weil ja die einzigen Mittel zur Bezahlung ihnen genommen waren?

Hiermit ist der Prozeß, der in erster Linie das wirtschaftliche Leben der Welt gänzlich mißgestaltet hat, da durch, daß die Preise wegen der Seltenheit des Goldes heruntergingen, gekennzeichnet. Schließlich mußte die Goldwährung überhaupt zusammenbrechen. Das Fallen der Preise vermehrte natürlich die wirklichen Schulden-

lasten. Der Farmer, der ursprünglich eine bestimmte Geldsumme, um seine Hypothekenzinsen zu bezahlen, dadurch erhielt, daß er 50 Sack Korn verkaufte, mußte erleben, daß diese 50 Sack jetzt 100 oder 150 Sack erforderten. Die Beziehung des Gläubigers zum Schuldner in der Welt war aus dem Gleichgewicht herausgehoben. Das bedeutet, daß jeder internationale Maßstab, der uns nicht wieder in das Chaos hineinwerfen soll, erstens relativ fest in seinem Wert sein muß, und zweitens nicht einer solchen Verteilung von der Art unterworfen sein darf, wie das Gold es geworden ist, einmal durch die Schutzölle, weiter durch die großen Nichthandelschulden und Reparationen, und schließlich durch die politische Unordnung, welche ausländische Anleihen im Lande verhin-

dert.

Wie die Politik unseres Gläubigers uns geholfen hat. Die Tatsache, daß wir vom Gold befreit sind, hat augenblicklich den „entrepreneur“ von der drückenden Zuschuldlast befreit, welche das fallende Preisni-

veau ihm auferlegt hatte, und welche die Industrie der Bewegungskraft beraubte, die unter der Herrschaft des Kapitalismus allein die Industrie im Gange hält, nämlich die Erwartung von Profit. Die Politik, welche durch die beiden großen Gläubigernationen befolgt worden ist, hat für den Schuldner getan, was er ohne starke Einbuße alles Vertrauens (without gross discredit) nicht für sich selbst hätte tun können. Wenn er mit Absicht den Wert seiner Schulden zum Sinken gebracht hätte, etwa dadurch, daß er sagte, vom Montag ab bezahlen wir unsere Schulden nur in einem 15 Schilling-Pfund, dann würde das wie ein Ausweichen vor der Schuld angesehen haben. Auch würde ein Diktator notwendig gewesen sein, um dies mit der erforderlichen Raschheit durchzuführen. Dadurch, daß wir den Goldmaßstab verlassen haben, ist diesen Schwierigkeiten vorgebeugt worden. Aber die größere Schwierigkeit beginnt erst jetzt. Unser Rückzug vom Gold muß gewisse andere Länder des Goldmaßstabes zwingen oder fähig machen, sich in gleicher Weise vom Gold zurückzuziehen und die Lage, die so geschaffen ist, erfordert eine außerordentlich geschickte Führung.

Und dennoch, in vieler Hinsicht versetzt uns diese Lage in eine viel stärkere Position, als wir sie bei dem Goldmaßstab hatten. So lange das Gold galt, waren wir genötigt, gleichsam mit dem Gut in der Hand zu den Hauptbesitzern des Goldes zu gehen und unsere Geldpolitik der ihrigen anzupassen. Das ist jetzt nicht mehr länger so. Die Vorteile, soweit sie mit der alten Lage verbunden waren, sind gleichsam abgeschrieieben und wir brauchen nun nicht länger mehr darauf Rücksicht zu nehmen. Wegen unserer Stellung als Bankier für einen großen Teil der finanziellen Welt wird nun „Sterling“ der Wertmaßstab für einen großen Teil der Nichtgoldnationen sein. Diese Nationen sind selbst Schuldner von Amerika und Frankreich, welche natürlich auch nicht länger gleichgültig gegenüber dem finanziellen Lauf der Nicht-Gold-Welt bleiben können, für die jetzt Sterling der neue Maßstab wird. Unsere Lage ist nicht nur unabhängig im Hinblick auf Frankreich und Amerika, sondern in vieler Hinsicht sogar viel mächtiger als zur Zeit der Goldwährung. Aber was nun schließlich aus der neuen Lage herauskommt, das wird hauptsächlich davon abhängen, wie wir uns zu der Zollpolitik verhalten.

Der automatische Zolltarif.

Das Sinken des Pfundes um 20 Prozent bringt auch automatisch einen Zolltarif in gleicher Höhe zustande. Nach vor 3 Wochen waren die Franzosen entsetzt über die Idee, daß wir auf ihre Güter einen Zoll, und seien es auch nur 10 Prozent, legen könnten. Aber wenn man noch vor kurzem 100 Franken Wert habende französische Güter etwa für 17 Schilling kaufen konnte, so kosten dieselben jetzt beinahe 20 Schilling. Das ist ein viel höherer Zoll, als irgendeine verantwortliche Partei gewagt hätte, dem Parlament vorzulegen. Immerhin genügt dieser indirekte Zoll vielleicht noch nicht den Forderungen der Schutzöllner, und diese Forderungen werden vielleicht noch verstärkt werden, wenn andere Währungen nun im Sterlingmaßstab sinken und der ganze Prozeß, der eben beschrieben ist, in der anderen Richtung wirkt. Aber wenn jetzt Großbritannien noch sein Gewicht mit hinzusetzt zu den schützöllnerischen Tendenzen Europas, und wenn es seine Zollpolitik als seine eigene Sache behandelt, um die sich niemand zu kümmern hat, dann können wir der Hoffnung auf die Festsetzung eines sicheren internationalen Geldes in der Zukunft lebhaft zusehen. Der Goldmaßstab wurde im letzten Grunde unmöglich durch die Schutzöllnerwirtschaft, nämlich durch die Tendenz, eine günstige Handelsbilanz, die in Geld (früher in Gold) festgelegt werden kann, zu schaffen. Eine Bilanz, die zu groß wäre, um durch Anlagen des Gläubigers im Schuldnerlande wieder aufgehoben zu werden. Wenn diese Tendenz weiter geht, dann muß wieder dieselbe schlechte Verteilung entstehen, welche den alten Maßstab in der eben beschriebenen Weise vernichtet hat.

Pastor D. Kuhlo 75 Jahre alt.

„In einigen Monaten hoffe ich, den dritten Band des Posaunenbuches herauszubringen“, das war ein Ausspruch Pastor Kuhlos, den er im Jahre 1900 tat. Es hat aber noch fast 20 Jahre gedauert, bis daß die Herausgabe dieses dritten Bandes zur Tatsache wurde. Daran war sicher die Arbeitsüberlastung schuld, die durch die Leitung des Brüderhauses Nazareth auf ihm lag. Wer nahe Beziehungen zu Pastor Kuhlo hatte, wußte aber, wie er jede freie Minute dazu verwendete, für das neue Posaunenbuch die schönsten Sätze zu schaffen. Man sah ihn Noten schreibend bei allen möglichen Gelegenheiten. Und doch wollte es ihm nicht leicht gelingen, den Schatz an Volksliedern, auf den die Posaunenchoräle so sehr warteten, druckfertig zu machen. Als er aber einige Jahre nach dem Kriege sein Amt als Brüderhausvorsteher niederlegte, wurde seine Arbeitskraft frei. Der dritte Band war freilich fertig, es warteten aber im Dienst der Musik Sakra noch große Aufgaben auf ihn.

Wenn in der unruhigen Nachkriegszeit so manche frühere Arbeit christlicher Kultur ins Hintertreffen kam, so war das bei der Sache der christlichen Posaunenchoräle anders. Sie blühte geradezu auf und wer etwas unterrichtet ist über diese Dinge, weiß, daß es heute hin und her im Deutschen Reiche gut gekulte Chöre gibt, von denen man früher nichts wußte. Und vielfach sind auch die alten Chöre viel leistungsfähiger als früher. Das ist in erster Linie dem Posaunengeneral Pastor D. Kuhlo zu verdanken, der heute, am 8. Oktober, 75 Jahre alt wird. Mit jugendlicher Frische griff er die Sache an. Unermüdlich zog er von Ort zu Ort, um die Posaunenfeste zu leiten und die Dirigenten der Chöre in Kursen zu sammeln und zu schulen für ihren Dienst.

Die Beziehung zwischen Geld und Zöllen.

Damit ist nicht gesagt, daß nun ein Land keine Zölle mehr haben dürfe, sondern nur dies, daß die Zölle eine Sache internationaler Verhandlungen sein müßten. Jede internationale Konferenz, die mit Geld zu tun hat, muß sich auch mit den Zöllen beschäftigen. Diese Beziehung des Zollproblems zu dem eines internationalen Geldes wird in der Regel völlig außer Acht gelassen. So lange wir uns auf den Boden stellen, daß jedes Land seine eigenen Zölle aufstellen kann in völliger Mißachtung des Austauschproblems der anderen Länder, mit welchen es in Handelsberührung ist, so lange wird das Geldproblem unlösbar bleiben.

Wir nehmen aus diesem Artikel zunächst nur die Tatsache heraus, daß gegenwärtig zwei internationale Währungen bestehen, die Goldwährung und die „Sterlingwährung“. Dauernd kann dieser Zustand nicht bleiben. Wer wird siegen? Sinter jeder von beiden Währungen: Finanzmächte und politische Mächte gewaltiger Art! Daß England unterliegt, ist gewiß nicht in unserem Interesse, aber ebenso sicher ist, daß wir — wenigstens gegenwärtig — nichts zu seinem Siege beitragen können.

W-m.

Die Saarfrage nach der Berliner Visite.

Der einstige Offenburger Gymnasiast und Berliner Student Francois-Poncet hat bei der Ueberreichung seines Beglaubigungsscheins dem deutschen Reichspräsidenten den Wunsch Frankreich nach „größtmöglicher Stabilität und Sicherheit der gegenseitigen Beziehungen“ mit dem deutschen Nachbarland versichert, und beim Presseempfang hat der neue französische Botschafter der Verständigung der „immer enger geknüpften Solidarität der Nationen“ durch den Berliner Besuch der französischen Staatsmänner schöne Worte gewidmet. Kein Zweifel, daß eine deutsch-französische „Verständigung“ die unbedingte Voraussetzung eines künftigen Weltfriedens darstellt, gleich wie die „elfschlothringische Frage“ vor dem Kriege den Krisenpunkt gebildet hat.

Ebenso selbstverständlich ist, daß (wie der Lantonsbericht schon betonte) eine politische Verständigung allen internationalen Finanztransaktionen vorangehen muß. Die Aufhebung der Golddecksungspflicht des Pfund Sterling in diesen Tagen war das Flammenzeichen der in Blüte wie Gefährdung unlöslich verbundenen Weltwirtschaft. Deutschlands, infolge Krieg, Inflation, Versailles Tribute und Fehlleistung geborgten Auslandskapitals ruinierten Wirtschaftskräfte können, aus eigener Kraft viel zu schwach, in absehbarer Zeit nur mit ausländischer Kredithilfe das Wirtschaftsleben — die Grundlage des Staatswesens — aufrecht erhalten. Als finanzieller Nothelfer für Deutschland kommt zurzeit praktisch nur Frankreich in Frage; deshalb sprechen alle nüchternen Erwägungen für die Herstellung der politischen „Vertrauensbasis“. Ob diese Wirkung vom französischen Ministerbesuch zu erwarten ist, begegnet allerdings den berechtigten Zweifeln. Es war keine Feststimmung, die Laval und Briand in der Reichshauptstadt begrüßte. Der Mehrzahl der Deutschen sind die französischen Minister unwillkommene Gäste. Es ist im deutschen Volke ungerne, daß die Einladung der beiden Minister just im Augenblick der schlimmsten politischen Niederlage Deutschlands seit der Unterzeichnung der Friedensdikate erfolgte, im unmittelbaren Anschluß an die peinliche Abwürgung der deutsch-österreichischen Zollunion, wenn nicht des Anschlußgedankens selbst. Im nationalen Deutschland herrschte deshalb die Empfindung, als ob die Einladung nach Berlin die Unterwerfung besiegelte. Denkt Frankreich, das in jeder lebenswichtigen Frage unser Gegenspieler war, an grundsätzliche Abkehr von der Gewaltpolitik, um Deutschland als gleichberechtigte Macht zu behandeln? Fürchtet Frankreich das Uebergreifen des europäischen Chaos, auf dessen benutzter Begünstigung seine kontinentale Vorherrschaft der Nachkriegszeit beruht?

Zweifelsfragen, die vor einem verfrühten Optimismus warnen.

Umgrenzen wir nüchtern, was bestenfalls von dieser ersten französischen Ministervisite in Berlin seit 1878 praktisch zu erwarten ist? Unter Ausschaltung der gefährlichsten politischen Streitfragen hat die Wirtschaftskrise das Hauptthema der Unterhaltung gebildet, was nicht ausschließt, daß außerhalb des Programms vermutlich auch die Schulden gestreift wurden. Es gab keine Zwischenfälle, und so hat man sich über das „Prinzip“ der wirtschaftlichen Zusammenarbeit geeinigt. Man hat eine gemeinsame Kommission aus führenden Beamten der beiden Länder, der Wirtschaft, der Industrie und der Arbeiterschaft eingesetzt, die den ganzen Komplex der deutsch-französischen Fragen abtaten, aber „heiße Eisen“, wie die Frage langfristiger Anleihen, als welche französisches Kapital nur brauchbar, aber jetzt nicht zu gewinnen wäre, ausschalteten. Im Sinne der „wirtschaftlichen Kooperation“ wird als Gegenstand dieser Ausschussberatungen aufgezählt: Beteiligung französischer Kapitals an deutschen Unternehmungen, gemeinsame Ausföhrung öffentlicher Arbeiten, wie der Elektrifizierung Frankreichs durch Ausbeutung der Wasserkraft, deutsche Mitwirkung bei der Erschließung französischer Kolonien, Ausbau der (für Kali, Teerfarben, Eisenerzeugnisse bereits bestehenden) deutsch-französischen Industriekartelle, Abbau der handelsvertraglichen Zollmauern und dergleichen.

Aber gerade in diesem Kommissionsprogramm schlummert die Gefahr für die Saar! Denn es ist bekannt, daß das französische Projekt „deutsch-französischer Zusammenarbeit“ nach wie vor als einen Hauptgegenstand die Beteiligung französischer Kapitals am Eigentum und Betrieb der Saargruben vorzieht! Aus der Saareisenindustrie, in die das französische Kapital nach dem Waffenstillstand nur widerwillig unter dem politischen Druck Clemenceaus hineinging, haben sich die Franzosen in den letzten Jahren mit bewußter Absicht immer mehr zurückgezogen. Der Ranziger Börsianer E. Bailly hat kürzlich in einem vielbemerkten Vortrag sogar das für 1935 „voraussichtliche“ Auscheiden der saarländischen Hüttenwerke aus dem französischen Zollgebiet begrüßt, weil sich erst dann die lothringischen Hüttenwerke konkurrenzlos auf dem Weltmarkt entfalten könnten. Anders steht es für die französischen Interessenten um den Saargebäude, auf den man, schon mit Rücksicht auf den Fehlbetrag der französischen Eigensförderung um ein Drittel gegenüber dem Selbstverbrauch, die Hand als Mit-eigentümer legen möchte.

Diese für den Nichteingeweihten vielleicht „harmlose“ Frage ist und bleibt für die Saarbevölkerung jedoch, wesentlich aus nationalen Gründen, un diskutierbar! Gerade die Saarbevölkerung, der die Probleme auf den Nägeln brennen, unterliegt, im „Verständigungs“-kauf, keinerlei Versuchung, den Tatbestand zu unterschätzen und zu vergessen, daß die eigentlichen Leiter der französischen Außenpolitik die Rüstungsindustriellen sind. Sie sind die Drahtzieher in der Kammer, die Beherrscher der führenden Großpresse. Ihre journalistische Lockpfeife verstärkt, aus reinem Profitinteresse an den militärischen Ausgaben, die Zwangsvorstellung des Durchschnittsfranzosen von seiner stets durch einen „Ueberfall der Boches“ bedrohten „Sicherheit“. Unter dem — jetzt erst recht unverminderten — Drucke der Schwerindustrie verlangt Frankreich für eine gelbliche Unterstützung Deutschlands die für uns untragbaren „Garantien“: Verpfändung und Kontrolle der deutschen Reichseinnahmen, Einschränkung unseres Industrie- und Wirtschaftsapparates, wiederholte Beschwörung der Aufrechterhaltung des politischen Status quo (auch das „Ost-Occano“-!), ausdrückliche Preisgabe jeglicher Interessierung für den Abwehrkampf der Elsch-Lothringer zum Schutze ihrer deutschen Stammeskultur, nicht zu vergessen: die Ueberfremdung des Saargebiets! Würde der französische Staat als derzeitiger „Eigentümer“ und Ausbeuter der Saargruben auch nur einen Franken in das französische Volksschulwesen und die Separatisten-Propaganda hineinstecken, wenn die französische Politik sich auf die Rückgliederung des Saar-

Am 75. Geburtstag muß man dieser Arbeit besonders gedenken, da sie den Zeitabschnitt vom 70. bis zum 75. Lebensjahre ganz ausschließlich ausgefüllt hat. Es gibt wohl keinen Erdteil, wo man gar nichts weiß von dem Manne, der die Posaunenmusik zu einem Werkzeug der Volksmission machte. In der inneren und in der äußeren Mission findet sie ihre Aufgabe und wird zum Beherrscher christlicher Glaubenskraft und zum Tröster und Freudenbringer in den mannigfachen Lebenslagen.

In aller Welt wird man heute des Geburtstagskindes gedenken und mancher Gruß aus dem großen Kreis derer, die ihn lieben und verehren, wird den silberweißen, aber immer noch wetterfesten Ravensberger Pastor heute erreichen. Möge ihm Gottes Güte die geistige und körperliche Frische, deren er sich noch immer erfreut, noch lange erhalten, damit sein fröhlicher Dienst noch vielen Menschen zum Segen werde.

Ein vielumstrittenes Buch.

Ein vielumstrittenes Buch ist die von Dr. Fr. Bobinus verfaßte Schrift: „Am Sterbelager der evangelischen Landeskirche.“ Ein nächtliches Zwitegespräch zwischen Arzt und Religionslehrer. Verlag Herm. Matthes, Bielefeld 870. 200 Seiten. Preis 3,60 RM.

Was den verschiedenen, bisher erschienenen Rezensionen gemeinsam ist, so entgegengesetzt sie auch sein mögen, das ist die Bemerkung, daß man an diesem Buche nicht vorübergehen könne. Und in der Tat stimmen wir dem Bekennnis eines sehr ernst zu nehmenden Regenten bei: Ja, ich muß gestehen, daß mich seit Jahren kein Buch er-

schüttert hat wie dies. Wer es lesen will, sollte es bald lesen, ehe wir von den Ereignissen überrascht werden. Dem ist dann ein anderes Urteil hinzuzufügen: „Wer sich vor Entscheidungen fürchtet, wird vor dem Buche gewarnt!“

Wenn man, vielleicht nicht ohne Berechtigung, den Titel des Buches sensationell genannt hat, so ist dem entgegenzuhalten, daß bereits vor Jahren ein Hamburger Geistlicher diesen Titel einem Buche als Ueberschrift gegeben hat und derselbe vom Verfasser nur übernommen worden ist. Wenn zum andern von einem Regenten gerügt wird, das Buch trage Beunruhigung in die Reihen der Gemeindeglieder, so muß dem entgegengehalten werden, daß innerer Herzensfriede und wahre Seelenruhe doch wohl immer erst den Kreuzesweg der Beunruhigung geben müssen, ehe sie ans Ziel kommen.

Gerade dem auf die Ruhe, nicht nur als die erste Bürgerpflicht, sondern als die erste Christenpflicht abzielenden, seichten Liberalismus bei Theologen und Nichttheologen als Gliedern der Landeskirche gilt der Kampf des Verfassers. Mit Recht macht er denselben verantwortlich für die ungeheure, noch viel zu wenig erkannte Gefahr des hereindringenden atheistischen Bolschewismus. „Von wem“, fragt der Verfasser, „haben die Bolschewisten Rußlands die erste Anregung zu ihren atheistischen Gedankengängen erhalten? — Von deutschen Philosophen und Theologen!“

Neben dem Liberalismus erfährt aber auch in dem Buche die tote Orthodoxie, wie der an und für sich gutgemeinte anthropozentrische Idealismus, der den Menschen, bezw. den menschlichen Geist in den Mittelpunkt des religiösen Lebens rücken möchte, eine strenge Verur-

gebiete
Ergebn
Und
eingese
menar
dieser
der „f

R
mliste
Anschl
Hinden
Reichs
Do

In
Rück
ich o
Besp
Jorn
Ja
meine
bille
Entl

Dr
den Re
nung je
wirsch
dem T
der Lei

Mi
Kabin
das W
nicht m
großen
Nolven
ben dü
gierung
auch
Reichs
zu habe
den zur

In
Schatt
des Ra
Regieru
Rückfeh
Kabin
neue M
W a r m
bei jeder

Die
D

Na
der Län
gen um

Es
ragenbe
das Re
überneh
S ch m i
aber im
minister

teilung,
Kreise v
nis“ zu l

Der
und bel
meinde,
Christen
wieder
Aus die
sogenan
Bolk ge
danken
Kirche“
fönliche
Christus
werden
Rehrt di
zwischen
nicht Bu
rettbar

Im C
dels- un
Eisenach
der 700-
Elisabet
Tätigkei
Mitglied

gebietes ins Reich, entsprechend dem unbezweifelbaren Ergebnis der Volksabstimmung, einrichten wollte? ... Und weil die französischen Mitglieder der in Berlin eingesetzten Kommission zur „französisch-deutschen Zusammenarbeit“ für alle Einzellösungen auch die Wahrung dieser politischen Hintergrunds- und Endziele (wozu noch der „stabilisierte“ Raub des Korridors, Oberschlesiens, Eupen-Malmédys, Memellands und die entmilitarisierte Rheinlandzone treten) verpflichtet sein werden, so ist — zum Schaden der europäischen Gesittung und Zukunft — leider nicht abzusehen, welche genießbaren Früchte die Berliner Staatsvisite dem bedrohten Deutschland bringen soll, ohne den Wiederaufstieg, die Würde und Ehre des deutschen Volkes unwiederbringlich anzutasten.

Umbildung der Reichsregierung.

Curtius erbittet Verabschiedung. — Neues Kabinett Brünning?

— Berlin, 7. Oktober
Reichspräsident von Hindenburg empfing den Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius zum Vortrag. Im Anschluß an den Vortrag machte der Reichsaußenminister Hindenburg davon Mitteilung, daß er am Sonnabend dem Reichskanzler sein Abschiedsgesuch vorgelegt habe.

Das Schreiben des Außenministers lautet:

„Sehr verehrter Herr Reichskanzler!
In der Unterredung, die wir am Tage nach meiner Rückkehr aus Genf hatten, habe ich Ihnen erklärt, daß ich ohne Rücksicht auf die parlamentarische Lage aus der Reichsregierung ausscheiden wollte. In unserer Besprechung blieb die Frage des Zeitpunktes und der Form offen.

Ich halte es nunmehr allseits für erforderlich, über mein Ausscheiden alsbald Klarheit zu schaffen. Deshalb bitte ich Sie, bei dem Herrn Reichspräsidenten meine Entlassung zu beantragen.

Mit ausgezeichnetster Hochachtung

Ihr sehr ergebener

gez. Curtius.“

Dr. Curtius, der 1920 von der Deutschen Volkspartei in den Reichstag entsandt worden ist, gehört der Reichsregierung seit Januar 1926 an. Damals leitete er das Reichswirtschaftsministerium im zweiten Kabinett Luther. Nach dem Tode Dr. Stresemanns wurde Minister Curtius mit der Leitung der auswärtigen Politik betraut.

Mit dem Rücktritt des Reichsaußenministers sind im Kabinett Brünning drei Ministerien verwaist, sind doch auch das Wirtschafts- und das Justizministerium seit langem nicht mehr besetzt. Da diese Ministerien angesichts ihrer großen Bedeutung und der Machtbefugnisse, die ihnen die Verordnungen bringen, nicht mehr länger verwaist bleiben dürfen, ist so zumindest eine Umbildung der Reichsregierung erforderlich geworden. Bei diesem Anlaß scheinen auch Veränderungen im Verkehrsministerium und im Reichsinnenministerium erfolgen zu sollen. Um freie Hand zu haben, scheint sich der Reichskanzler in den letzten Stunden zur Gesamtdemission entschlossen zu haben.

In politischen Kreisen und ebenso in der Presse aller Schattierungen wird die Umbildung, bzw. die Demission des Kabinetts Brünning ausführlich erörtert. In den der Regierung nahestehenden Kreisen rechnet man mit der Rückkehr Brünnings als Kanzler und glaubt, daß das neue Kabinett noch in dieser Woche zustandekommen wird. Als neue Männer wurden genannt: Direktor Schmitz, Prof. Warmbold, Dr. Bögeler und — wie bisher freilich bei jeder Krise — Bracht und Adenauer.

Die Bemühungen des Kanzlers

Dr. Brünning übernimmt das Außenministerium.

Berlin, 6. Oktober.

Nachdem die Konferenz mit den Ministerpräsidenten der Länder beendet war, hat der Kanzler seine Bemühungen um die Kabinettsveränderung wieder aufgenommen.

Es handelt sich dabei vor allem darum, einige hervorragende Männer zu gewinnen, die in dem neuen Kabinett das Reichswirtschafts- und das Reichsverkehrsministerium übernehmen. Bisher steht hierzu nur fest, daß Geheimrat Schmitz das Wirtschaftsministerium abgelehnt hat. Es gilt aber immer noch als möglich, daß er das Reichsverkehrsministerium übernimmt. Dagegen ist es nicht richtig, daß

teilung, der zugleich der Richtegeist gewisser pietistischer Kreise verfallt, weil er alles auf dem subjektiven „Erlernen“ zu basieren sucht.

Der Verfasser zieht mit Nachdruck eine sehr deutliche und beherzigenswerte Linie zwischen Kirche und Gemeinde, zwischen Religion im landläufigen Sinne und Christentum und spricht, ganz im Sinne Luthers, immer wieder von denen, die „mit Ernst Christen sein wollen.“ Aus diesem Grunde lehnt er auch mit Entschiedenheit den sogenannten „Kulturpessimismus“ ab, der das deutsche Volk gewiß in bester Absicht, mit christlichen Kulturgebilden durchdringen und so das „Jahrhundert der Kirche“ heraufzuführen will. Das Wort Gottes und der persönliche Träger der sündenvergebenden Gnade, Jesus Christus, muß Kern und Stern des christlichen Lebens werden und zwar bei Geistlichen sowohl wie bei Laien. Kehrt die Kirche nicht bußfertig zurück zu diesem Mittler zwischen Gott und den Menschen, tut sie, mit einem Wort, nicht Buße, so steht sie an ihrem Sterbelager und ist unrettbar verloren, trotz aller Betriebsamkeit.

B. S.

Verband weiblicher Handels- und Büroangestellter.

Im September hielt der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten seine Hauptversammlung in Eisenach ab, in demselben Jahre, das unter dem Zeichen der 700-Jahrfeier zum Andenken an den Tod der heiligen Elisabeth steht. Aus dem der Versammlung erstatteten Tätigkeitsbericht sind folgende Angaben beachtlich. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1930 92031, Ende Juni 1931

der frühere preußische Landwirtschaftsminister Professor Warmbold das Reichswirtschaftsministerium bereits abgelehnt hat. Die Gerüchte, wonach auch mit Dr. Bögeler verhandelt wird, werden von ununterrichteter Seite als unzutreffend bezeichnet.

Für das Reichsinnenministerium denkt man an eine energiegeliche tüchtige Persönlichkeit, die vielleicht dem höheren Beamtentum entnommen werden könnte.

Das Außenministerium wird nicht durch einen neuen Minister besetzt werden. Vielmehr wird der Kanzler es selbst übernehmen.

Ursprünglich war daran gedacht worden, Staatssekretär von Bülow mit der Wahrnehmung der Geschäfte zu beauftragen, damit der Kanzler von den Botschafterempfangen und ähnlichen Aufgaben befreit wird. Diesen Plan hat man aber auch wieder fallen lassen, da Dr. Brünning die Verhandlungen mit den auswärtigen Missionschefs, z. B. die Besprechungen mit dem amerikanischen Botschafter über die schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Probleme, auch bisher schon in weitem Maße selbst vorgenommen hat.

Für das Justizministerium kommt in erster Linie der bisherige Staatssekretär des Ministeriums, Dr. Soel, in Frage, der als ein außerordentlich fähiger Jurist und Verwaltungsbeamter gilt und politisch der Deutschen Volkspartei nahesteht.

Die parlamentarischen Aussichten.

In der Reichsregierung nahestehenden Kreisen beurteilt man die parlamentarischen Aussichten des neuen Kabinetts dahin, daß die Sozialdemokratie zwar erklären wird, sie stehe dem neuen Kabinett mit einer größeren Steifigkeit gegenüber als der bisherigen Reichsregierung, daß sie aber doch zunächst abwartet, wie das neue Kabinett arbeite. Bei der Zusammenlegung des neuen Kabinetts will der Reichskanzler offenbar besonders darauf Rücksicht nehmen, daß die parlamentarische Situation nicht erschwert wird. Man vermutet, daß er in dieser Richtung auch bereits mit der sozialdemokratischen Führung verhandelt hat.

Zusammenstöße in Offen.

Ein Nationalsozialist erschossen.

In Offen-West überfielen kurz vor Mitternacht etwa 25 Kommunisten zwei Nationalsozialisten, Angehörige der Schutzstaffel. Die Kommunisten schleuderten Steine gegen die beiden Leute und gaben schließlich vier bis fünf Schüsse auf die Flüchtenden ab. Der 33 Jahre alte Schutzstaffelführer Erich Gathe wurde so schwer verletzt, daß er kurze Zeit darauf starb.

Vier Kommunisten wurden unter dem Verdacht des Mordes bzw. der Beihilfe verhaftet. In dem Vorgarten des Hauses, vor dem die Missetat geschah, fand man vier leere Patronenhülsen. Gathe hat drei Schüsse in den Rücken und einen vierten in die linke Körperseite erhalten.

Das Haus der schönsten

Kleider, Blusen, Mäntel

in reichhaltiger, geschmackvoller Auswahl in modernen Stoffen u. erster Verarbeitung

Anna Doppeide

Bielefeld

Haus Bismarckcock

über 94 000, die Zahl der Ortsgruppen war 300, der Geschäftsstellen 82. Es konnten im letzten Berichtsjahre 13325 Stellen vermittelt werden. Die ungünstige Geschäftslage fand ihren Ausdruck in der hohen Zahl der Unterstützten. Für geregelte Stellenlosen-Unterstützung wurden nahezu 300 000 RM, für Notfallunterstützung wurden 51 000 RM ausgegeben. Der Rechtsschutz wurde 68 000 mal in Anspruch genommen, die größere Zahl der Fälle konnte durch gütliche Erwägung erledigt werden, die Zahl der Klagen belief sich auf 1881 im Jahre 1930. Der Bericht verbreitete sich weiter über die sozialpolitische Tätigkeit, insbesondere über Arbeitszeit, Sozialversicherung, Arbeitsgerichtsweisen, über die Tarifbewegung, das Bildungs- und beleuchtete gleichzeitig die Bedeutung der Angestelltenchaft, ganz besonders der weiblichen, für Volk und Wirtschaft. Die vorgeschlagene Neufassung des sozialen Programmes sowie Satzungsänderungen wurden angenommen. Ebenso fanden Entschuldigungen Annahme, die sich auf Bildungsweisen, Tarife, Angestelltenversicherung bezogen. In diesen Entschuldigungen wurde Stellung genommen gegen den Abbau der Berufsschulen und der Unterrichtszeit in den Berufsschulen, gegen die Versuche, das Vermögen der Angestelltenversicherung zugunsten anderer Versicherungseinrichtungen zu kürzen, gegen das Bestreben, das Tarifwesen zu verschlechtern, zumal es elastisch genug sei, um sich den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Die Berufskrankenkasse des RMV, die Ende Juni 42 000, die Rentenversicherungskasse mit 7736 Versicherungen bei 21 727 Anteilen tagten vor der Hauptversammlung. Nach wie vor ist, wie aus den mitgeteilten Zahlen hervorgeht, der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten die größte Organisation berufstätiger Frauen.

Hoovers Programm.

Nationale Einheit zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise.

— Washington, 7. Oktober.

Präsident Hoover kündigte bei dem gestrigen Presseempfang an, er habe die Vertreter der beiden parlamentarischen Parteien zu einer Konferenz gebeten, um ihnen ein Programm für nationale Einheit zwecks konstruktiver Schritte angelehnt der gegenwärtigen Depression vorzulegen.

Man nimmt an, daß das Ergebnis der Konferenz im Laufe des heutigen Tages veröffentlicht werden wird. Wie verlautet, wird sich das Programm im wesentlichen mit der inneramerikanischen Lage befassen, aber auch mit dem vom Ausland kommenden Ursachen der jetzigen Depression. Ob Präsident Hoover mit seinem Programm die Bildung einer nationalen Regierung nach englischem Muster plant, war bisher nicht festzustellen.

„Deutschland soll —“

Amerikanische Bedingungen für eine Verlängerung des Schuldenmoratoriums?

— London, 6. Oktober. Nach Meldungen aus New York erwartet man in Kreisen der Wallstreet mit großem Interesse das Ergebnis der Besprechungen Hoovers mit den Führern des Kongresses. Man glaubt, daß hierbei ein Programm zur Stabilisierung der Märkte und zur Wiederherstellung des Vertrauens in der Welt zustande kommen wird. Es wird ferner berichtet, daß Amerika zu einer Verlängerung des Hoover-Moratoriums und einer grundlegenden Revision der internationalen Schuldenfrage bereit sei, falls Europa in der Frage der Abriistung ein entsprechend weitgehendes Entgegenkommen zeige.

Einer englischen Meldung zufolge soll Amerika die folgenden Bedingungen an eine Verlängerung des Moratoriums knüpfen:

1. Die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland soll enger gestaltet werden,
2. Frankreich soll Deutschland finanziell unterstützen.
3. Deutschland soll die Agitation gegen den Danziger Korridor aufgeben,
4. Deutschland soll die Agitation für das Programm des Panzerschiffbaues aufgeben,
5. Deutschland soll Sorge tragen, daß die kriegerischen Aufzüge von Organisationen, wie dem Stahlhelm, eingestellt werden,
6. Deutschland soll Beweise erbringen, daß etwaige Kredite nur für produktive Unternehmungen benutzt und nicht für Rüstungen und öffentliche Hilfsmaßnahmen verschwendet werden,
7. es sollen Schritte ergriffen werden, um zu einem wirklichen Abriistungsfeiertag zu gelangen,
8. die Ausgaben für die Rüstungsetats sollen herabgesetzt werden, um auf diese Weise das internationale Mißtrauen zu verringern.

Daß die Erfüllung vorstehender Bedingungen die restlose wirtschaftliche und politische Kapitulation bedeuten würde, liegt auf der Hand. Das heutige Deutschland würde keine Regierung auch nur einen Tag ertragen, die sich überhaupt in Verhandlungen über diese Ungeheuerlichkeiten einließe. Es steht im Interesse der deutsch-amerikanischen Beziehungen zu hoffen, daß es sich bei dieser Nachricht um nichts anderes als eine Tendenzmaché übelster Sorte handelt.

„Rigoreuse Herabsetzung der Reparationen!“

Ein offener Brief an Hoover.

New York, 7. Oktober. Der Präsident des American Institut of Finance, James Bancroft, hat in einem offenen Brief an Präsident Hoover die dringliche Aufforderung gerichtet, unverzüglich die Initiative zu einer rigorosen Herabsetzung der Reparations- und internationalen Schuldenszahlungen, sowie in der Frage der Revision der Zolltarife zu ergreifen. Diese Maßnahmen seien allein geeignet, den Bankrott des Kapitalismus zu verhüten.

Die Krise der S. P. D.

Der frühere preußische Innenminister Dr. Baentig aus der SPD ausgetreten.

— Berlin, 7. Oktober. Der Vorgänger Severings auf dem Posten des preußischen Innenministers, Dr. Baentig, hat dem „Lokalanzeiger“ in einem Schreiben mitgeteilt, daß er aus der SPD und der sozialdemokratischen Fraktion des Preussischen Landtages ausgeschieden sei. Wie der „Lokalanzeiger“ ergänzend mitteilt, hat Dr. Baentig die Gründe dafür in einem vom 2. Oktober datierten Schreiben anscheinend an den Parteivorstand der SPD dargelegt. In der Begründung heißt es u. a.:

Er, Baentig, habe sich der Sozialdemokratie in den Tagen des Kapp-Putsch zur Verteidigung des demokratischen Staatsgedankens angeschlossen. Im laufenden Jahre aber sei die SPD, die sich in Wort und Schrift nach wie vor zu dem Gedanken der Sozialdemokratie bekenne, tatsächlich dazu übergegangen, sei es in der Form der Tolerierung von Maßnahmen der Reichsregierung, sei es in führender Stellung in Preußen, an dem demokratischen Regierungssystem zu rütteln. Wichtigste Grundsätze der Demokratie seien mit Hilfe von Notverordnungen bzw. der Art ihrer Anwendung auch solchen Volksgenossen gegenüber verletzt worden, die zu verfassungsmäßigen Zwecken mit verfassungsmäßigen Mitteln von ihren verfassungsmäßigen

gen Rechten hätten Gebrauch machen wollen. Er, Baen-
tig, müsse es ablehnen, weiterhin die Verantwortung für
die Folgen dieser widerspruchsvollen kurzfristigen Poli-
tik mit zu übernehmen.

Konferenz der Rechtsparteien.

Die Teilnehmer der Sonntags-Tagung in Bad Harzburg.
Auf Grund der Einladung eines Aktionsausschusses, der
durch den früheren thüringischen Innenminister Dr. Fried-
rich als Vertreter der Nationalsozialisten, den deutschen
Reichstagsabgeordneten Schmidt-Hannover und den Bun-
destanzler des Stahlhelm, Wagner, gebildet wird, findet am
Sonntag in Bad Harzburg eine Kundgebung rechtsstehen-
der Parteien und Organisationen statt. Auf dieser Kund-
gebung werden Dr. Eugen Berg, Adolf Hitler, Selbte, Due-
sterberg, Graf Kalkreuth als Vertreter anderer nationaler
Verbände sowie eine Reihe von Führern der Wirtschaft,
darunter der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht
sprechen. Es soll eine politische Gemeinschaft gegründet
werden, die für die Bildung der Grundlagen für eine Regie-
rung der Rechtsparteien sorgen werden.

Neuwahlen in England.

MacDonald ersucht den König um die Auflösung.

— London, 7. Oktober

Der britische Ministerpräsident MacDonald begab sich
zum König und schlug ihm die Auflösung des Parlaments
vor. In der Audienz, die etwas über eine halbe Stunde
dauerte, unterbreitete MacDonald dem König ein Pro-
gramm für Vertagung und Auflösung des Parlaments und
beriet mit König Georg den Zeitpunkt für die Neuwahlen
und die Eröffnung des neuen Parlaments. Der König wird
zwei Sitzungen des Privy Council einberufen, um über diese
Frage zu beraten. Man erwartet allgemein, daß der Vor-
schlag, das Parlament nach dem heutigen Mittwoch zu ver-
tagen und am Donnerstag aufzulösen, angenommen wird.
Als Wahltag gilt der 28. Oktober.

Eigene parlamentarische Gruppe Sir John Simons.

22 liberale Unterhausmitglieder, die zur Gruppe Sir
John Simons gehören, haben in einer gemeinsamen Ver-
sammlung einstimmig beschlossen, eine eigene Gruppe, die
den Premierminister als den Führer der nationalen Re-
gierung tatkräftig zu unterstützen und gemeinsam in den
Wahlkampf gehen wird, zu bilden. Sir John Simon wurde
beauftragt, den Premierminister MacDonald von diesem
Beschluss zu unterrichten.

Japan entsendet Kriegsschiffe.

Mobilisierungsvorbereitungen in Kure
und Sasebo.

Angeht die japanische Regierung Vorbereitungen für die Ent-
sendung eines Kreuzers nach Shanghai getroffen. Der Kreuz-
er „Tosima“ wird zu diesem Zweck flargemacht. Ferner
hat das Marineministerium den Schiffen der Stationen
Kure und Sasebo befohlen, sich für eine Mobilisierung be-
reitzustellen.

Die Lage im Mandchurenkonflikt ist inzwischen infolge
einer japanischen Note, die die chinesische Regierung
der Nachlässigkeit beschuldigt, weil sie keine Maßnahme ge-
gen die Boykottierung der Japaner ergreife,
noch gespannter geworden. Die japanische Regierung, so
heißt es in der Note, betrachte diese Art des Boykotts als

ebenso folgenschwer, wie die Ermunterung zu einer anti-
japanischen Bewegung durch die chinesische Regierung.

Der Rat greift wieder ein.

In maßgebenden Völkerverbänden wird davon ge-
sprochen, daß nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge
im chinesisch-japanischen Konflikt der Völkerverbund wahr-
scheinlich zu der vorgesehenen Sitzung am 14. Oktober zu-
ammentreten werde.

Postflugzeug der „Bremen“ verunglückt.

— Halifax, 7. Oktober. Das Postflugzeug des Dampfers
„Bremen“, das in Sidney auf Neu-Schottland neuen Be-
triebsstoff aufgefällt und dann seinen Flug nach Neuport
fortgesetzt hatte, wurde in der Cobequid-Bucht zum Nie-
dergehen gezwungen. Die Bewohner von Noel hörten ru-
fen und fuhren mit einem Boot hinaus, fanden aber keine
Spur von den Fliegern.

Neuport, 6. Oktober. Die Hoffnung, die „Neuport“,
das Schleuderflugzeug des Lloyd-Dampfers „Bremen“, un-
versehrt aufzufinden, ist nunmehr aufgegeben worden,
nachdem in der Nähe von Noel an der Küste von Neu-
schottland eine Tragfläche aufgefunden worden ist, die als
zur „Neuport“ gehörend, erkannt wurde. Die hiesige
Leitung des Norddeutschen Lloyd nimmt an, daß die beiden
Flugzeuginsassen, der Pilot Simon und der Mechaniker
Wagenknecht, ertrunken sind. Die fünf Postfächer, die sich
an Bord des Flugzeuges befanden, gelten als verloren.

Der englische Außenminister in Paris.

— Paris, 7. Oktober. Der Staatssekretär des Auswär-
tigen, Lord Reading, ist begleitet von dem englischen Fi-
nanzfachverständigen Sir Frederic Leith-Ross in Paris ein-
getroffen. Sie bleiben bis Donnerstag in Paris.

Wer hilft?

Ein Leser des Aufwärts, mittlerer Postbeamter, Leiter
einer Gemeinschaft, schreibt:

„Ich habe vor drei Jahren ein Eigenheim in Burg
(Bz. Magdeburg) erbaut, zu dessen Begleichung mir die
Beamten-Spar- und Darlehnskasse in Stendal eine Hy-
pothek in Höhe von 20 000 RM gegeben hat. Zweck
Abdeckung derselben habe ich 2 Bausparverträge in
gleicher Höhe bei dem Halleschen Baubund in Halle/S.
abgeschlossen. Vor Ablauf von ca. 2 Jahren geriet der
Bund jedoch in Konkurs und ich verlor mein eingezahl-
tes Geld. Ich trat dann kurze Zeit darauf in die Deut-
sche evangl. Heimstätten-Gesellschaft Berlin mit je einem
Bausparvertrag von je 10 000 RM = 20 000 RM ein,
worauf ich bereits über 1 300 RM in Monatsbeträgen
von 60 RM laufend eingezahlt habe. Im Mai dieses
Jahres stellte auch diese Bausparkasse die Zahlung ein
und befindet sich seitdem im Konkurs. Nun habe ich
wegen zu hoher Zinszahlung (15 Prozent) die Hypothek
in Stendal gekündigt, um mich nach einer anderen um-
zusehen.“

Wir geben diesen Ratschrei des bedrängten Mannes
hier weiter in der Hoffnung, daß derselbe doch vielleicht
das Ohr eines Mannes erreicht, der ihm helfen kann. Die
Adresse ist durch die Schriftleitung zu erfahren.

Verschiedenes.

Bestandene Ingenieur-Abschlußprüfung. Am Techni-
kum Tage (Lippe) wurden die Ingenieur-Abschlußprüfun-
gen unter dem Vorsitz der Regierungsvertreter der Lipp.
Oberschulbehörde, Herrn Regierungs- und Oberschulrat
Dr. Kühn und Herrn Regierungs- und Gewerberat Deub-
ner beendet. Von den 114 Prüflingen nahmen von hier
die Herren Gustav Hartmann, Bielefeld; Willi Giese,
Sieker b. Bielefeld, Hans Rast, Bethel b. Bielefeld,
August Reinhardt, Bielefeld, Hans Schneider, Bielefeld,
Erwin Kaiser Brackwede (die Ingenieurarbeit des Herrn
Kaiser wurde wegen ihrer hervorragenden Ausführung
mit „Ausgezeichnet“ bewertet) mit Erfolg an der Inge-
nieur-Prüfung teil. Das Wintersemester beginnt am 27.
Oktober 1931.

Ortsgr. Bielefeld, Ruf 2055 (zwischen 13—15 Uhr 1677).

Hinweis.

Seit über 50 Jahren begehrt, weil bewährt!

Dr. Thompsons Schwan-Seifenpulver in dem bekannten roten
Paket erfreut sich in der heutigen Zeit erst recht größter Be-
liebtheit. Seine ausgezeichnete Wasch- und Reinigungskraft er-
weist sich bei jeder Wäsche, bei allen Scheuer- und Abseif-Arbeiten
in Küche und Haus. Das Paket kostet nur 25 Pfg.

Im Schwan-Pulver erhalten Sie Qualität und Billigkeit zu-
gleich, so recht den Erfordernissen der heutigen Zeit angepaßt.
Schwan-Pulver ist heute wieder modern!

Bethel.

— Wieder haben wir die Freude, daß einer unserer
Treuen seine 25-jährige Mitarbeit am Bethelwerk feiern
darf.

Herr Heinrich Wächter trat am 6. Oktober 1906 als
Knecht in das Fußgeschäft ein und hat in den langen
Jahren Freud und Leid der Anstalt mitgetragen. Wir
freuen uns mit ihm, daß er diesen Tag erleben darf. Gott
gebe ihm auch weiterhin Freudigkeit und Kraft zu dem
Beruf, in den Gott ihn hineingestellt hat.

Christlicher Verein junger Männer.

Heute nachmittag 4 Uhr: Allgemeine Märchenstunde.
„Ali Baba und die vierzig Räuber“ und „Die Engländer
seine Mutter suchte“. 10 Pfg. mitbringen.

8 Uhr abend Jungmännerkreis. „Hermann-Löns-
Abend“.

— Zu dem Konzert des Bethel-Orchesters am Mitt-
woch abend 8 1/2 Uhr im Assaphaum wird hierdurch die Ge-
meinde der Kranken und Gesunden herzlich eingeladen.

Christlicher Verein junger Mädchen.

Donnerstag abend 8 Uhr kommen die Gruppenmütter
und deren Helferinnen im Gruppenaal zusammen.

— Handwagen (kleiner) am Studentenheim stehen ge-
blieben. Nachzufragen Kanzlei der Theol. Schule, Bethel-
weg 39.

Schriftleitung: W. Kraa, Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr.
H. Guttel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften
für die Schriftleitung: Bielefeld, Schleifach 28. Für Ge-
sendungen Postfachkonto: Hannover 67377. „Aufwärts“, Christ-
liches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt
Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Zu dem

Konzert des Bethel-Orchesters

am Mittwochabend 8 1/2 Uhr im Assaphaum
wird hierdurch die Gemeinde der Kranken und
Gesunden herzlich eingeladen.

Soeben erscheint die dritte Auflage:

Kommt Kinder,

wir wollen Andacht halten!

Von Pfarrer Richard Schulze.

Die „Christliche Kinderpflege“ urteilt:

Das sind Kinderandachten, wie sie sein sollen
und wie sie schöner nicht sein können.

Verf. verfügt über eine ganz seltene Meisterschaft,
über die tiefsten Fragen mit Kindern frisch, fei-
selnd und unvergänglich zu reden. Für Kirche,
Schule u. Haus steht uns nichts gleich wertvolles
zu Gebot.

Gebunden M. 3.25

Verlag E. Angelfenz-Dresden A 27

Wiesbaden Evangelisches Hospiz, Oranienstraße 33.
Zimmer mit und ohne Verpflegung. Mäßige Preise.

Zum Anlegen von Leimgürteln

an den Bäumen gegen den Frostspanner
ist es jetzt Zeit. Material hierzu bietet an die

Gärtnerei der Anstalt Bethel b. Bielefeld

Ebenso

Blumenzwiebeln

und

Erdbeerpflanzen

in bester Güte und Sorten.

Preisliste gern auf Wunsch.

Für die Küche einer Anstalt
der J. M. in Frankfurt a. M. wird
eine selbständige, arbeitsfreudige

Persönlichkeit

gesucht, Alter 25 bis 35 Jahre.
Bewerbungen werden an die
Geschäftsstelle d. Bl. unter A 1935
erbeten.

Vorzüglichen

Erholungsurlaub

bietet das im Weserbergland ge-
legene Erholungsheim im Solling
bei Dassel. Sehr schöne Höhen-
lage, inmitten herrlicher Laub-
und Fichtenwälder. Licht, Luft
und Sonnenbäder. Gelegenheit zur
Stille unter dem Wort Gottes.
Ermäßigte Preise. Prospekte
kostenlos. Anfr. an Friedr. Gramm.

Durch Kontrolle des vereidigten Che-
mikers Dr. Böhm, Bielefeld, ist die
Sicherheit meines

Bienen-Honig.

Dose 9 Wd. netto 10.40 RM, vorwiegend
Klee-Blütenhonig 12.20 RM, halbe
Dose 5.90 RM und 6.90 RM, 1 1/2 Wd.
netto 1.90 RM und 2.10 RM frei Haus.
Nachn. 30 Pfg. mehr. Gar. Rücknahme.
Kreuzer, Vorgehen 2. Kr. Soest.
Dieser Honig ist auch in Dpht.
vereinigter Verkaufsstellen der Anstalt
Bethel, zu haben.

„Preußen“

Die großfruchtigste und ertrag-
reichste Himbeersorte der Gegen-
wart. Ertrag 1—2 Zin. pro ar.
Kräftige Setzlinge zur Herbst-
pflanzung Stk. 10 Pfg., 100 Stk.
8.— RM, abzugeben.

F. Vagts, Ostmoor 20 (Buxtehude Land)

Deßbergen bei Rinteln im
schönen Weserberglande,

Familienpension

Magel. Stille, sonnige Lage,
hoch und staubfrei, Garten mit
Liegeplätzen. Herrliche Wälder.
Gute Verpflegung. Zentralheiz.
Mäßige Preise. Erholungs-
suchende finden liebevolle Auf-
nahme. Auch Dauergäste will-
kommen.

Schwermütige, Verzagte, Erho-
lungsbedürftige und solche, die in
geistiger Not sind, finden freund-
liche Aufnahme zu mäßigen Preisen im

Erholungsheim Haus Friedensruh

in Laufen/Eyach, O./A. Balingen
(Würtbg.) Sommer und Winter
geöffnet. Anfragen sind zu richten
an die Leitung des Hauses.

Haus Dennoch, Dabos-Dorf, Schweiz

von Kreuznacher Diakonissen seit 26 Jahren geführt,
kann Lungenleidenden weiblichen Geschlechts auf das
wärmste empfohlen werden. Ermäßigte Preise.
Ausführlichen Prospekt versendet

Direktion der Diakonie-Anstalten, Bad Kreuznach.